

**Nordatlantische Versammlung**  
Deutsche Delegation  
Der Leiter

Bonn, den 16. Dezember 1969

An die Mitglieder  
des Deutschen Bundestages

Sehr verehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege!

In der Zeit vom 15. bis 21. Oktober 1969 hat in Brüssel die 15. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung stattgefunden.

An den ersten drei Tagen haben die fünf Ausschüsse sowie der Ständige Ausschuß getagt, um die Entschließungen und Empfehlungen der Versammlung vorzubereiten. Nach der Eröffnungssitzung des Plenums am Samstag, dem 18. Oktober, in der der Präsident des belgischen Senats Struye, der Präsident der Nordatlantischen Versammlung Gülek, der belgische Verteidigungsminister P. W. Segers, und der Generalsekretär der NATO, Manlio Brosio, das Wort ergriffen, und nach einer Rede des Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Europa, General A. J. Goodpaster, hat die Versammlung in mehrtägiger Aussprache die folgenden Empfehlungen und Entschließungen eingehend beraten und mit großer Mehrheit verabschiedet.

Als Leiter der deutschen Delegation beehre ich mich, Ihnen nachstehend diese Entschließungen und Empfehlungen in deutscher Übersetzung zur Kenntnis zu übersenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

**Dr. Jaeger**

## NORDATLANTISCHE VERSAMMLUNG

15. Jahrestagung

### I. Politischer Ausschuß

#### Empfehlung I

##### Atlantische politische Probleme

Die Versammlung

betont die Notwendigkeit eines schnellen Fortschritts in der europäischen Einigung als eine Vorbedingung für eine engere atlantische Gemeinschaft;

begrüßt die von der neuen Regierung der Vereinigten Staaten ergriffene Initiative zur erneuten Bestätigung des Prinzips der atlantischen Partnerschaft;

nimmt den Entschluß der kanadischen Regierung, nach einer Konsultation im Nordatlantikrat die Zahl der kanadischen Truppen in Europa zu vermindern, zur Kenntnis;

hält die Verminderung der NATO-Streitkräfte in Europa für gefährlich, wenn sie nicht im Zusammenhang mit vergleichbaren Reduzierungen der sowjetischen Streitkräfte durchgeführt wird;

empfiehlt:

daß die Regierungen der europäischen Bündnispartner umgehend wirksame Maßnahmen treffen sollten, um die von der kanadischen Regierung aus Europa zurückgezogenen Streitkräfte zu ersetzen, und empfiehlt außerdem:

daß die interessierten europäischen Bündnispartner die Praxis weiterentwickeln, zusammenzuarbeiten und ihre Meinungen zu den das Bündnis betreffenden Hauptproblemen dem Nordatlantikrat darzulegen, um dadurch einen politischen Rahmen für zweckmäßige Maßnahmen für eine europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung zu schaffen, der umfassen könnte:

- a) die Einrichtung einer europäischen Rüstungsbeschaffungsbehörde mit der Aufgabe, die europäischen strategischen Erfordernisse zu bestimmen, und die im übrigen der Klausel über die Art der Durchführung der bei der 14. Jahrestagung der Versammlung im November 1968 angenommenen Empfehlung V des Politischen Ausschusses entspricht und
- b) die eventuelle Aufstellung einer integrierten europäischen Streitmacht.

#### Empfehlung II

##### Die Schaffung einer Organisation für die Entwicklung des Mittelmeerraumes

Die Versammlung

ist der Meinung, daß, solange die große Mehrheit der Völker der Mittelmeerländer in Armut lebt, diese Gebiete keine politische oder militärische Sicherheit erlangen können;

beachtet besonders die zwischen der Nordatlantikvertragsorganisation und Malta bestehenden besonderen Beziehungen sowie seine kritische strategische Lage und wirtschaftlichen Schwierigkeiten;

ist der Meinung, daß die entwickelten Länder des Westens die weniger entwickelten Länder des Mittelmeerraumes unterstützen sollten, wirtschaftlich selbständig zu werden, um den sozialen Fortschritt ihrer Völker zu sichern;

ist der Meinung, daß beträchtliche öffentliche und private Investitionen notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen, in Verbindung mit technischer Hilfe und der Steigerung des Tourismus sowie der Exporte von Fertig- und Halbfertigwaren aus dem Mittelmeergebiet;

ist der Meinung, daß auch Unterstützung auf den Gebieten der Landwirtschaft und der Entsalzung des Meerwassers erforderlich ist;

empfiehlt:

daß die Regierungen der NATO-Mitglieder und insbesondere ihrer Mitglieder des Mittelmeerraumes in Zusammenarbeit mit den Regierungen anderer interessierter entwickelter Länder sich beraten, um die Möglichkeit einer Regierungskonferenz der voraussichtlich möglichen Geber- und Empfängerländer zu untersuchen mit dem Ziel, eine Entwicklungsorganisation des Mittelmeerraumes zu schaffen. Zur Untersuchung dieser Möglichkeit sollte eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die aus Mitgliedern des Politischen Ausschusses und des Wirtschaftsausschusses der Versammlung besteht; sie sollte sich mit dem Entwicklungsinstitut für den Mittelmeerraum (jetzt dem EMDI) und anderen interessierten öffentlichen und privaten Organisationen abstimmen mit dem Endziel, die Verantwortung

für die Ingangsetzung des Projekts dem Entwicklungsinstitut für den Mittelmeerraum zu übertragen;

und empfiehlt weiterhin:

daß der Nordatlantikrat mit Vorrang Maßnahmen treffen möge, die die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen der NATO und Malta durch Förderung dessen eigener Sicherungsmöglichkeiten stärken.

### Empfehlung III

#### **Untersuchung der öffentlichen Meinung über die NATO in den Mitgliedsländern des Bündnisses**

Die Versammlung

stellt fest, daß der Atlantikvertrag ab 1969 nicht mehr den gleichen Charakter der Permanenz wie seither trägt, da er von jedem Mitgliedsland mit einjähriger Vorherbenachrichtigung gekündigt werden kann;

ist der Ansicht, daß infolgedessen die öffentliche Meinung in den Mitgliedsländern über das Bündnis von wachsender Bedeutung sein wird;

ist außerdem der Meinung, daß Artikel 2 des Vertrages, der sich auf wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit bezieht, den Völkern der Mitgliedstaaten nicht in angemessener Weise zur Kenntnis gebracht worden ist und eine Seite des Bündnisses zu sein scheint, die nicht genügend bekannt ist, und daß die Unterrichtung über die Ziele des Bündnisses im allgemeinen höchst unzureichend ist;

glaubt, daß dieses mangelnde Wissen und Verständnis nachteilig für die Zukunft unseres Bündnisses und damit für unsere gemeinsame Sicherheit sein wird;

fordert den Nordatlantikrat auf, auf politisch-wissenschaftlicher Grundlage eine allgemeine Untersuchung der öffentlichen Meinung über das atlantische Bündnis anstellen zu lassen und zu fördern sowie in Zusammenarbeit mit den entsprechenden internationalen Institutionen Maßnahmen ins Auge zu fassen, um die Unterrichtung und das Verständnis wirkungsvoller zu machen.

### Entschliebung I

#### **Griechenland**

Die Versammlung

erinnert an die früheren bei der 13. und 14. Jahrestagung angenommenen Empfehlungen über Griechenland und stellt mit Bedauern fest, daß die humanitären und bürgerlichen Grundrechte in diesem Land noch nicht wiederhergestellt worden sind;

ist davon überzeugt, daß die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie dringend notwendig ist;

beachtet die vom Ministerausschuß des Europarates am 6. Mai 1969 angenommene Entschliebung und die vom Europäischen Parlament am 7. Mai 1969 verabschiedete Entschliebung sowie die Tatsache, daß die fehlende Initiative Griechenlands, zur Demokratie zurückzukehren, zur ständigen Kritik an der NATO in allen Stufen der öffentlichen Meinung innerhalb der Mitgliedstaaten des Bündnisses geführt hat;

fordert die Regierungen der übrigen 14 Mitglieder des Bündnisses auf, alle geeigneten Mittel zu nutzen, damit Griechenland baldigst zu freien Wahlen, zur parlamentarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt, und ihre diesbezüglichen Maßnahmen gegenseitig abzustimmen.

### Entschliebung II

#### **Die Beschränkung der strategischen Rüstung**

Die Versammlung

nimmt zur Kenntnis, daß sich die Welt in einem sich beschleunigenden nuklearstrategischen Rüstungswettlauf befindet, der seit zweieinhalb Jahrzehnten besteht;

erkennt die Möglichkeit, daß die erheblichen Kosten und ungewissen Risiken eines unkontrollierten Wettrüstens weiterhin bestehen bleiben;

beachtet, daß alle Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses ein gemeinsames Interesse daran haben, ihre gemeinsame Sicherheit durch Rüstungskontrolle zu fördern, wenn dies möglich ist;

erkennt weiterhin die entscheidende Rolle der großen Nuklearwaffenstaaten bezüglich der Einschränkung des strategischen Rüstungswettlaufs;

beschließt, daß die Vereinigten Staaten dringend gebeten werden sollen, ihre Bemühungen in ständiger enger Beratung mit ihren Bündnispartnern innerhalb und außerhalb der NATO weiterzuvorführen, um mit der Sowjetunion auf einer Grundlage, die mit der Erhöhung der westlichen Sicherheit in Einklang steht, zu Vereinbarungen über die Beschränkung des nuklearstrategischen Rüstungswettlaufs zu kommen.

### Entschliebung III

#### **Die offizielle Anerkennung der Versammlung**

Die Versammlung

stellt mit Bedauern fest, daß es immer noch keine offizielle parlamentarische Versammlung gibt, welche die Probleme behandelt, die von allgemeinem Interesse aller Mitgliedstaaten des atlantischen Bündnisses sind;

ist der Meinung, daß ein Bündnis, dessen Hauptziel die Verteidigung der Demokratie ist, unbedingt

als wichtigen Teil seiner Organisation ein demokratisch-parlamentarisches Organ haben sollte;

betont die von der Nordatlantischen Versammlung unternommenen Schritte zur Verbesserung ihrer Verwaltung und ihres Beitrags auf politischem, militärischem, erzieherischem und anderen Gebieten des Bündnisses;

nimmt ihrerseits ebenfalls zur Kenntnis, daß der Nordatlantikrat alle Anstrengungen gemacht hat, um seine Beziehungen zur Versammlung zu verbessern;

erkennt die Bedeutung an, repräsentative Delegationen der nationalen Parlamente in der Versammlung zu haben;

ist der Meinung, daß für die Versammlung die Zeit gekommen ist, als das parlamentarische Organ des Bündnisses anerkannt zu werden;

beschließt, daß die Mitglieder der Versammlung in ihren eigenen Parlamenten entsprechende Schritte einleiten sollten, um die Anerkennung der Nordatlantischen Versammlung als das parlamentarisch-beratende Organ des Nordatlantischen Bündnisses herbeizuführen.

#### Entschliebung IV

##### **Beziehungen zwischen Parlamentariern der westlichen Länder und Mitgliedern der osteuropäischen Versammlungen**

Die Versammlung

ist der Meinung, daß die Aufnahme von Beziehungen in irgendeiner Form zwischen Parlamentariern der westlichen Länder und Mitgliedern der Versammlungen der osteuropäischen Länder ein wünschenswertes Ziel wäre;

nimmt Kenntnis von den Entschliebungen ihrer Arbeitsgruppe zu dieser Frage;

beschließt, daß der Vorsitzende ihres Politischen Ausschusses zusammen mit dafür bestimmten Mitgliedern, die ordnungsgemäß vom Ständigen Ausschuß beauftragt werden, untersuchen und danach während oder vor der nächsten Plenarsitzung der Versammlung dem Politischen Ausschuß berichten sollten, ob Begegnungen zwischen Parlamentariern der westlichen Länder und Mitgliedern der Versammlungen der osteuropäischen Länder in irgendeiner Form möglich sein könnten.

## II. Militärausschuß

### Empfehlung I

#### Die Lage der Streitkräfte der NATO

Die Versammlung

berücksichtigt die Notwendigkeit, die NATO-Befehlshaber mit den geeigneten Mitteln bezüglich Personal, Material und Logistik zur Erfüllung der vereinbarten Strategie der flexiblen Reaktion auszustatten;

nimmt die dauernde Präsenz von zusätzlichen sowjetischen Streitkräften in vorgerückten Positionen im östlichen Europa zur Kenntnis;

ist besorgt über den gegenwärtigen Trend zur Verminderung der NATO-Streitkräfte;

empfiehlt:

daß der Nordatlantikrat die Mitgliedsländer der NATO auffordert,

- a) Streitkräfte in einer Stärke aufrechtzuerhalten, die einer erfolgreichen Durchführung der vereinbarten Strategie der flexiblen Reaktion angemessen ist,
- b) Reserve-Streitkräfte aufzustellen und die Mobilisierungsmaßnahmen zu verbessern,
- c) die Lagerbestände logistischen Materials zu erhöhen,
- d) das Nachrichtennetz sowie Befehls- und Kontroll-einrichtungen zu verbessern.

### Empfehlung II

#### Gegenseitige ausgewogene Kräfte-reduzierungen in Europa

Die Versammlung

ist sich der lang andauernden Gegenüberstellung von umfangreichen militärischen Streitkräften der NATO und des Warschauer Pakts bewußt, die unter beträchtlicher Belastung der Völker der betroffenen Länder in Ost und West unterhalten werden,

wünscht, daß sowohl die Spannungen als auch die ständig anwachsenden Kosten der notwendigen militärischen Streitkräfte reduziert werden,

erkennt die unerläßliche Verpflichtung zur Wahrung der Sicherheit vor einem möglichen Angriff an,

ist überzeugt, daß die Sicherheit der NATO-Länder und die Aussichten für Verhandlungen über gegenseitige Kräfte-reduzierungen durch einseitige Reduzierungen der NATO oder durch jeden Mitgliedstaat, der seine eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt, gemindert werden würden,

erinnert an die am 25. Juni 1968 in Reykjavik von den Ministern der am NATO-Verteidigungsprogramm mitwirkenden Länder abgegebene Erklärung über „Gegenseitige und ausgewogene Kräfte-reduzierungen“ und an deren erneute Bestätigung im Kommuniqué des Ministertreffens in Washington vom 11. April 1969,

empfiehlt, daß

- a) die NATO weiterhin um gegenseitige Kräfte-reduzierungen in Ost und West bemüht sein soll, die sowohl großemäßig als auch zeitlich aufeinander abgestimmt sind,
- b) ausgewogene Kräfte-reduzierungen mit dem lebenswichtigen Sicherheitsbedürfnis aller Beteiligten vereinbar sein müssen,
- c) die gesamte, für die Sicherheit notwendige militärische Stärke der NATO nicht gemindert werden sollte, wenn dies nicht mit beiderseits ausgewogenen Kräfte-reduzierungen in Ost und West vereinbar ist.

### Empfehlung III

#### NATO-Abzeichen

Die Versammlung,

ermutigt durch den Gemeinschaftsgeist, der durch den Gebrauch eines besonderen Abzeichens für SHAPE und SACLANT geweckt worden ist,

empfiehlt, daß der Rat

1. den vierzackigen blauen NATO-Stern zum offiziellen militärischen Abzeichen erklärt,
2. Überlegungen anstellt über die geeignete Anbringung dieses Abzeichens — in Ergänzung der nationalen Bezeichnungen — auf den Uniformen des Personals und den Ausrüstungsgegenständen aller dem NATO-Kommando unterstellten oder verpflichteten Kräfte.

### III. Wirtschaftsausschuß

#### Empfehlung I

##### Welthandel

Die Versammlung

begrüßt die kontinuierliche Durchführung der von der Kennedy-Runde geforderten Zollsenkungen;

erkennt die durch das Vorhandensein zahlreicher und umfassender nichttarifärer Handelshemmnisse geschaffenen Probleme;

ist sich der Notwendigkeit einer weiteren Prüfung der Probleme der nichttarifären Handelshemmnisse bewußt;

lobt einige Staaten innerhalb und außerhalb der NATO wegen ihres wirtschaftlichen Wachstums und der Erzielung von Wirtschaftsüberschüssen;

stellt fest, daß in Industriestaaten noch Beschränkungen für die Einfuhr von Kapital und Waren für Investitionszwecke bestehen, die eher für Entwicklungsländer als für entwickelte Länder charakteristisch sind;

fordert alle betroffenen Staaten auf, diese Beschränkungen schnell abzubauen, damit sie nicht für die Auslösung einer Welle von Vergeltungsmaßnahmen durch Handelsbeschränkungen in anderen Staaten verantwortlich werden, die für das allgemeine wirtschaftliche Wohlergehen aller Staaten nur nachteilige Auswirkungen haben können und

empfiehlt demgemäß dem Nordatlantikrat:

- a) erneut, daß alle Mitglieder des Bündnisses ihre Bemühungen zur Abwehr protektionistischer Bestrebungen verdoppeln;
- b) daß die Mitglieder des Bündnisses an den laufenden Untersuchungen im GATT über nichttarifäre Handelshemmnisse tatkräftig mitwirken;
- c) daß die Mitglieder des Bündnisses in Erwägung ziehen, wie nützlich es ist, wenn sie einander vor wichtigen Handelskonferenzen eingehend konsultieren;
- d) daß alle Mitglieder sich darum bemühen, die Gefahren für eine größere Freiheit des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen entstehen, zu vermindern.

#### Empfehlung II

##### Internationale Währungssituation

Die Versammlung

erkennt die weitgehende Zusammenarbeit an, die bereits auf dem Gebiet des internationalen Währungswesens besteht;

begrüßt die Anzeichen einer Verbesserung der Zahlungsbilanzlage des Vereinigten Königreichs;

begrüßt das positive Ergebnis der Abstimmung über die Aktivierung der Sonderziehungsrechte;

befürwortet die Maßnahmen der französischen Regierung zur Sicherung des Erfolges der kürzlich vorgenommenen Abwertung;

ist sich des Bedürfnisses nach einer Vertiefung des Wissens über die Möglichkeit einer größeren Flexibilität der Wechselkurse bewußt;

sie empfiehlt demgemäß dem Nordatlantikrat:

- a) daß sowohl Überschuß- als auch Defizit-Länder einander über die steuerlichen und währungspolitischen Maßnahmen konsultieren, die erforderlich sind, um ihren internationalen Zahlungsverkehr besser aufeinander abzustimmen;
- b) daß die Mitglieder des Bündnisses weiterhin zusammenarbeiten und gemeinsame, auf größere Stabilität im währungspolitischen Bereich gerichtete Abmachungen unterstützen;
- c) daß die Mitglieder des Bündnisses die Vorhaben des IWF zur Untersuchung von Plänen für eine Änderung der Wechselkurse unterstützen;
- d) daß die Mitglieder des Bündnisses die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit bei den Bemühungen der einzelnen Staaten um eine Bekämpfung inflationistischer Tendenzen prüfen.

#### Empfehlung III

##### Die Aufstellung eines Europäischen Friedenskorps

Die Versammlung

bekräftigt Artikel 2 des Nordatlantikvertrages;

stellt fest, daß die Entwicklungshilfepolitik zuweilen einer gewissen Skepsis begegnet und die öffentliche Meinung ihr nicht das Interesse entgegenbringt, das sie verdient;

ist der Ansicht, daß bei der ständigen Zunahme der Hilfsleistungen eine Entwicklungshilfepolitik ohne Unterstützung durch die öffentliche Meinung immer größeren Schwierigkeiten begegnen wird;

ist der Ansicht, daß in erster Linie das Interesse der jungen Generation geweckt und ihre aktive Teilnahme gefördert werden muß;

ist der Ansicht, daß die technische Hilfe Möglichkeiten in dieser Richtung bietet und erinnert daran, daß diese Form der Hilfe gefördert werden sollte;

stellt fest, daß bei einigen Mitgliedstaaten der NATO der Hilfsdienst in einem Entwicklungsland dem Militärdienst gleichgestellt ist;

erkennt die positiven Ergebnisse einiger nationaler Systeme des Hilfsdienstes an;

sie empfiehlt demgemäß dem Nordatlantikrat:

- a) ein FriedenskorpS europäischer Staaten zu bilden, dem die Erfahrungen der Vereinigten Staaten zugute kommen, und
- b) eine Zusammenarbeit zwischen bereits bestehenden Hilfsdiensten herbeizuführen.

#### Empfehlung IV

##### Die Entwicklungshilfepolitik

Die Versammlung

bekräftigt Artikel 2 des Nordatlantikvertrages;

begrüßt die Tatsache, daß die von Industriestaaten Entwicklungsländern gewährte Finanzhilfe in den letzten Jahren ständig zugenommen hat;

stellt fest, daß die Hilfsmaßnahmen die Entwicklungsländer noch nicht in die Lage versetzt haben, auf eigenen Füßen zu stehen;

erinnert daran, daß der Weltfrieden nicht gewährleistet ist, solange dieses Stadium noch nicht erreicht ist;

sie empfiehlt demgemäß zur Verwirklichung der folgenden Ziele durch die Regierungen der NATO-Mitglieder:

- daß alle Staaten des Atlantischen Bündnisses besondere Anstrengungen unternehmen, um vor dem Anbruch des zweiten Entwicklungsjahrzehnts im Rahmen der Vereinten Nationen eine globale Entwicklungsstrategie auszuarbeiten;
- daß sich alle Industriestaaten zur Verwirklichung dieses Zieles verpflichten, die von der Welt handelskonferenz vorgeschlagene Höhe der Nettoleistungen, nämlich 1% des Bruttosozialprodukts, bis spätestens 1975 zu erreichen;
- daß die Industriestaaten die Durchführung der Entwicklungspläne für Entwicklungsländer durch eine langfristige finanzielle Bindung sicherstellen;
- daß zur Erleichterung der von den Entwicklungsländern zu tragenden Schuldenlast die Hilfe zu den vom Entwicklungshilfesausschuß beschlossenen Bedingungen gewährt wird;
- daß die Bedingungen der Hilfe besser als in der Vergangenheit den Möglichkeiten der Verschuldung, die sich nach dem wirtschaftlichen Niveau jedes Entwicklungslandes bestimmen, angepaßt werden;
- daß die Industriestaaten alles in ihrer Macht Stehende tun, um internationale Übereinkünfte über Rohstoffe herbeizuführen, damit den Ent-

wicklungsländern einträgliche Preise gewährleistet werden;

— daß sie sich — angefangen mit der Schaffung eines allgemeinen Systems nicht gegenseitiger Präferenzen — zu einer mutigeren Industrialisierungspolitik gegenüber den Entwicklungsländern bekennen;

— daß sie den Entwicklungshilfesausschuß ersuchen, Vorschläge auszuarbeiten für eine verbesserte Angleichung und Koordinierung der auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe von Geberstaaten wie auch von Empfängerstaaten angewandten Verfahren.

#### Empfehlung V

##### Auslandshilfe

Die Versammlung

ist der Ansicht, daß die Notwendigkeit der Leistung von Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer äußerst dringlich bleibt;

stellt fest, daß bilaterale Bemühungen zur Gewährung von Wirtschaftshilfe im allgemeinen nicht ausreichend waren, um dieser Notwendigkeit zu begegnen und häufig einige Probleme geschaffen sowie andere gelöst haben;

ist weiter der Ansicht, daß alle Entwicklungsländer Vorsicht bei der Ergreifung von Maßnahmen walten lassen sollten, die geeignet wären, private Auslandsinvestitionen in ihren Staaten durch Angehörige von Mitgliedstaaten des Bündnisses und anderer Kapitalausfuhrländer zu behindern;

sie empfiehlt demgemäß, daß alle Mitglieder des Bündnisses erneut Nachdruck auf eine Wirtschaftshilfe legen, die private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern einschließt;

empfehlen, daß die Mitglieder des Bündnisses ihre Wirtschaftshilfe durch multilaterale Stellen wie die Weltbank und den Sonderfonds der Vereinten Nationen koordinieren und verstärken.

#### Empfehlung VI

##### Der Bevölkerungszuwachs

Die Versammlung

ist der Ansicht, daß die Wirtschaftsentwicklung zur Erhöhung des Lebensstandards in allen Ländern, insbesondere aber in den Entwicklungsländern, den höchsten Vorrang genießt;

erkennt an, daß die Vorteile der Wirtschaftsentwicklung durch zu raschen Bevölkerungszuwachs in Frage gestellt und ernsthaft gefährdet werden können;

ist sich bewußt, daß in bezug auf die Geburtenkontrolle als eines Mittels zur Erhöhung des Lebensstandards pro Kopf der Bevölkerung unzulängliche Maßnahmen ergriffen worden sind;

lobt diejenigen Entwicklungsländer, die große Anstrengungen zur Erlangung größerer Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelerzeugung unternommen haben;

sie empfiehlt demgemäß, daß alle Staaten den Programmen der Geburtenkontrolle die höchste Dringlichkeitsstufe einräumen, damit der Lebensstandard pro Kopf der Bevölkerung gesteigert werden kann; und daß die entwickelten Staaten innerhalb des Bündnisses in ihren eigenen Auslandshilfeprogrammen für die Entwicklungsländer der Familienplanung Vorrang geben, wenn sie darum ersucht werden.

## Empfehlung VII

### Die Erforschung des Weltraums

#### Die Versammlung

ist der Ansicht, daß eine multinationale Zusammenarbeit bei Bestrebungen, mit denen die Menschheit gemeinsame Ziele verfolgt, zur Entspannung in der Welt beitragen kann;

ist der Auffassung, daß die Erforschung des Weltraums ein solches gemeinsames Ziel ist;

stellt fest, daß die laufenden nationalen Raumfahrtprogramme Doppelarbeit mit sich bringen und außergewöhnlich kostspielig sind;

sie empfiehlt demgemäß, daß alle Staaten innerhalb des Bündnisses mit Programmen für die Erforschung des Weltraums in größtmöglichem Ausmaß zusammenarbeiten sollten, um den Weltraum zu erforschen und die Hilfsquellen zu erhalten, die für zahlreiche wichtige Aufgaben auf der Erde benötigt werden.



#### IV. Ausschuß für Erziehungswesen, Kultur und Information

##### Empfehlung I

##### NATO und die Jugend

###### Die Versammlung

ist der Ansicht, daß der Jugend die Ziele und Errungenschaften der NATO ins Bewußtsein gerufen werden sollten;

ist der Ansicht, daß Wesen und Arbeit der NATO gegenwärtig von einigen politisch aktiven jungen Menschen falsch verstanden und kritisiert werden;

sie empfiehlt demgemäß dem Nordatlantikrat:

1. zum frühest möglichen Zeitpunkt einen ausführlichen Bericht über die Ziele seiner die Jugend betreffenden Politik und die Methoden zu erstatten, die er zu ihrer Durchführung anwendet;
2. Vorbereitungen für die möglichst baldige Abhaltung einer Konferenz von Vertretern der NATO, unabhängigen Sachverständigen und Vertretern der Jugend zu treffen, um die Ansichten junger Menschen über Ziele und Tätigkeit der NATO in Erfahrung zu bringen und zu prüfen;
3. auf allen Bildungsstufen die Unterrichtung über die internationale Zusammenarbeit (im weltweiten, atlantischen und europäischen Rahmen) der Mitglieder des Bündnisses zu fördern, um bei Schülern und Studenten ein besseres Verständnis für die von der NATO geleistete Friedensarbeit zu wecken;
4. Vorbereitungen für die Abhaltung einer Konferenz der Vertreter der Erziehungsministerien der NATO-Staaten zu treffen, um zu erreichen, daß geeignetes Anschauungsmaterial über die Tätigkeit und die Errungenschaften der NATO seit ihrer Entstehung in die Geschichtsunterrichtsbücher aufgenommen wird.

##### Empfehlung II

##### Die Bildung eines Ausschusses für die Forderungen der modernen Gesellschaft für die Nordatlantische Versammlung

###### Die Versammlung

ist besorgt über das Anwachsen der Probleme unserer Umwelt;

ist ferner besorgt, daß sich nicht wiedergutmachende Schäden für die Zivilisation ergeben, wenn die Menschheit es nicht lernt, ihre natürlichen Hilfsquellen zu erhalten und ihre Umwelt in vernünftiger Art und Weise zu nutzen;

erinnert daran, daß nach Artikel II des Nordatlantikvertrages die freien Einrichtungen gefestigt und die Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen gefördert werden sollen;

nimmt die Vorschläge verschiedener hervorragender Persönlichkeiten und insbesondere den Vorschlag Präsident Nixons zur Kenntnis, die NATO möge einen Ausschuß für die Forderungen der modernen Gesellschaft bilden, um die NATO-Mitglieder in die Lage zu versetzen, einen Meinungsaustausch durchzuführen und gemeinsame Aktionen im Hinblick auf die Probleme der Umwelt zu unternehmen und

nimmt die im April bekundete Aufgeschlossenheit der NATO-Minister für den Vorschlag des Präsidenten und die Arbeit zur Kenntnis, die im Nordatlantikrat für die Bildung eines Ausschusses für die Forderungen der modernen Gesellschaft geleistet wurde;

nimmt zur Kenntnis, daß der Erziehungsausschuß plant, die Schirmherrschaft für ein Seminar über Umweltprobleme am Europakolleg in Brügge zu übernehmen;

bekräftigt den Vorschlag, daß die NATO sich mit den Forderungen der modernen Gesellschaft befassen möge;

betont die Bedeutung dieser Arbeit und die Notwendigkeit einer umfassenden Beteiligung aller NATO-Staaten und das Erfordernis konstruktiver Lösungen der Umweltprobleme und

empfiehlt demgemäß, daß der Nordatlantikrat alsbald einen Ausschuß für die Forderungen der modernen Gesellschaft bildet und ersucht diesen Ausschuß, seine Arbeit in vollem Bewußtsein der Dringlichkeit und Bedeutung seiner Aufgabe zu erfüllen.

##### EntschlieÙung I

##### Das Brügger Seminar

###### Die Versammlung

eingedenk des Erfolges des unter seiner Schirmherrschaft im August und September 1969 am Europakolleg in Brügge abgehaltenen Seminars über öffentliche Verwaltung;

ist der Auffassung, daß eine fortlaufende Reihe von Seminaren dieser Art mit dem Ziel abgehalten werden sollte, modernste Techniken und Methoden der öffentlichen Verwaltung allen atlantischen und anderen interessierten Staaten zugänglich zu machen, um sie in die Lage zu versetzen, gemeinsamen

Herausforderungen und Problemen in wirksamer Weise begegnen zu können;

ist der Auffassung, daß die Initiativen der Versammlung in dieser Richtung einem allgemein zum Ausdruck gekommenen Wunsch entsprechen, daß sich die NATO selbst mit Umweltproblemen befassen sollte;

sie ersucht demgemäß den Nordatlantikrat:

a) die Finanzierung aus Mitteln des Zivilhaushalts der NATO eines 1970 am Europa-Kolleg abzu-

haltenden Seminars für höhere Verwaltungsbeamte über moderne Methoden der Bewältigung umweltbedingter Probleme mit besonderer Berücksichtigung hauptstädtischer Ballungsgebiete zu empfehlen;

b) seine Mitgliedsregierungen zu veranlassen, weitere zusätzliche Mittel für die Finanzierung des Seminars zu bewilligen; diese Mittel, die gegebenenfalls auch als Stipendien bewilligt werden könnten, würden es Vertretern der Entwicklungsländer ermöglichen, an dem Seminar teilzunehmen.

## V. Ausschuß für Wissenschaft und Technik

### Empfehlung I

#### Die Erörterung von Umweltproblemen im Rahmen des Nordatlantikrats und die Beteiligung des Ausschusses für Wissenschaft und Technik der Nordatlantischen Versammlung an der Arbeit der einschlägigen NATO-Ausschüsse

##### Die Versammlung

ist der Ansicht, daß die allgemeine politische Bedeutung des Atlantischen Bündnisses künftig stärker als bisher herausgestellt werden sollte;

stellt fest, daß wissenschaftliche und technische Probleme der Umwelt daher im Rahmen des Bündnisses erörtert werden müssen;

stellt mit Befriedigung fest, daß der Nordatlantikrat zur Zeit die Möglichkeit prüft, innerhalb des NATO-Sekretariats einen neuen Ausschuß für Umweltprobleme zu bilden;

hat den Wunsch, diesem Vorhaben wirksame parlamentarische Unterstützung zu geben;

sie empfiehlt demgemäß:

- a) daß jedes Mitglied des Bündnisses seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die notwendigen Mittel für die Erhaltung der Umwelt zur Verfügung zu stellen;
- b) daß die im Nordatlantikrat versammelten Außenminister die Minister für Wissenschaft und Technologie oder gegebenenfalls andere Minister oder zuständige Beamte einladen, an den Erörterungen über wissenschaftliche und technische Probleme der Umwelt teilzunehmen;
- c) daß ein Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Technik der Versammlung die Befugnisse erhält, als Beobachter an der Arbeit des Wissenschaftsausschusses der NATO und künftig auch an der Arbeit des neuen Ausschusses für Umweltprobleme teilzunehmen.

### Empfehlung II

#### Die Kontrolle der Verunreinigung der Binnengewässer

##### Die Versammlung

erkennt an, daß sich die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems der Wasserverunreinigung als unzulänglich erwiesen haben;

stellt fest, daß die Verunreinigung der Binnengewässer und der Weltmeere rasch zunimmt;

ist sich im klaren darüber, daß die weitere Vernachlässigung dieses dringenden Weltproblems bald zur Folge haben könnte, daß wir an einem Punkt anlangen, an dem es kein Zurück mehr gibt;

sie empfiehlt demgemäß dem Nordatlantikrat dringend, daß sich alle Mitgliedstaaten für die Schaffung einer gemeinschaftlich zu betreibenden Anlage einsetzen, um der Situation Herr zu werden. Ein erster Schritt sollte die Errichtung einer Beobachtungsstation sein, die Art und Ausmaß der Verschmutzung der internationalen Binnenwasserstraßen kontrolliert.

### Empfehlung III

#### Die Erforschung der arktischen Gewässer

##### Die Versammlung

erkennt die Tatsache an, daß die arktischen Regionen unter dem Gesichtspunkt der Wasserverunreinigung die letzten unberührten Gebiete der Welt darstellen;

stellt fest, daß gegenwärtig Pläne für eine ausgedehnte Ölsuche unter den arktischen Gewässern und für eine Beförderung von Öl auf den arktischen Gewässern angestellt werden und ist sich der damit verbundenen Gefahren einer Verunreinigung bewußt;

empfiehlt dem Nordatlantikrat und allen Mitgliedsregierungen die unverzügliche Einleitung folgender Maßnahmen durch die NATO:

- a) Durchführung einer praktisch verwertbaren Untersuchung für die Festsetzung umweltverträglicher Höchstwerte bei Ölverschmutzungsvorkommen in Kaltwasserregionen und zur Bestimmung von Sicherheitsvorkehrungen für Öltanker und andere Seeschiffe, die beim Einsatz in arktischen Gewässern und im Nordatlantikverkehr wasserunreinigende Stoffe mit sich führen;
- b) Durchführung eines Forschungsvorhabens über die Auswirkung von Öl und sonstigen chemischen Verschmutzern auf Meereslebewesen und das biologische Gleichgewicht in Kaltwasserregionen der Arktis und den Seegebieten des Nordatlantik;
- c) Unterstützung von Programmen zur Entwicklung verbesserter Methoden für eine Bekämpfung der Verunreinigung in Kaltwasserregionen.

## Empfehlung IV

**Die Notwendigkeit des Abschlusses eines Meeresraumübereinkommens**

## Die Versammlung

stellt fest, daß der Meeresraum außerhalb der Hoheitsgewässer bislang noch nicht durch internationale Übereinkünfte erfaßt ist;

stellt fest, daß die technologisch fortgeschrittenen Staaten bereits mit der Erschließung der Hilfsquellen des Meeresraumes für militärische und wirtschaftliche Zwecke begonnen haben, ohne daß ein internationales Kontrollsystem vorhanden ist;

ist besorgt, daß solche unterseeischen Unternehmungen ohne angemessene Kontrollen nachteilige Folgen haben können;

sie empfiehlt demgemäß, daß sich die Mitglieder des Nordatlantikrats zum Zwecke der Schaffung eines internationalen Kontrollsystems für den vorrangigen Abschluß eines Meeresraumübereinkommens einsetzen, von dem ein Entwurf dieser Empfehlung als Anlage beigefügt wird \*). In diesem Übereinkommen wären folgende Punkte zu regeln:

- Begriffsbestimmung des Festlandssockels;
- Errichtung einer Dienststelle für die Vergabe von Lizenzen;
- Schaffung einer internationalen Seeüberwachungsstelle, die dafür zu sorgen hat, daß die

\*) Entwurf eines Übereinkommens zur Kontrolle der Meeresschätze, verfaßt von Senator C. Pell [M 79 STC (69) 8].

Grundsätze des Übereinkommens beachtet werden;

- Einsetzung eines Rechtsprechungsorgans für die Entscheidung von Streitfällen.

## Empfehlung V

**Die Konfliktforschung**

## Die Versammlung

erkennt an, daß das Phänomen des Konflikts innerhalb einer Gesellschaft sowie zwischen einzelnen Gesellschaften von verschiedenen Institutionen dieser- und jenseits des Atlantiks zum Gegenstand systematischer Untersuchungen gemacht worden ist;

ist sich darüber im klaren, daß die entwickelten Konzepte und Methoden in steigendem Maße bei Problemen zur Anwendung gelangen, die sich aus Konflikten innerhalb der Industrie und bei Fragen ergeben, die mit Entscheidungen politischer Art in internationalen und militärischen Angelegenheiten zusammenhängen;

sie empfiehlt demgemäß, daß der Nordatlantikrat den Wissenschaftsausschuß der NATO ersucht, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die ein Verzeichnis der in den NATO-Staaten bestehenden Institutionen für Konfliktforschung veröffentlicht und Themen aus den Veröffentlichungen der betreffenden Institutionen, die uns besonders interessieren, untersucht und übersetzt, um so einen ständigen Gedankenaustausch zwischen diesen Zentren der theoretischen Forschung und unserer Organisation zum größten Nutzen aller in Gang zu bringen.